

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

204 (3.9.1906)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — **Abonnementpreis:** ins Haus durch Träger zugesandt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Filialen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10. Durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Sassenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 6144. Sprechtstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pf., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 204. Karlsruhe, Montag den 3. September 1906. 26. Jahrgang.

Bericht des Parteivorstandes.

V.

Wahlrechtsbewegung.

Deutschland zählt unter seinen 26 Bundesstaaten drei Republiken: die „freien Hansestädte“, wie der offizielle Ausdruck lautet. Das Prädikat „frei“ haben alle drei aus Furcht vor der aufstrebenden und den Anspruch auf Gleichberechtigung geltend machenden Arbeiterbewegung preisgegeben. Lübeck eröffnete den Reigen. Der vorjährige Vorstandsbericht gibt darüber eingehende Auskunft.

Der Versuch der Wahlrechtsverschlechterung in Bremen durch Einführung des Jenius schlug fehl. Die richtige Agitation der Parteigenossen bereitete den Wahlrechtsraub in der beabsichtigten Form. Immerhin gelangte eine Bestimmung zur Annahme, die den Parteigenossen nicht nur das weitere Vordringen erschweren soll, sondern auch dazu bestimmt ist, den Einfluss der sozialdemokratischen Eindringlinge auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

In Hamburg gingen von 160 Mandaten der Landesgesetzgebung 80 aus den sogenannten allgemeinen Wahlen hervor, das heißt 80 Vertreter konnten von den Bürgern gewählt werden. Das Bürgerrecht erhält aber nur derjenige Staatsangehörige, der fünf Jahre hintereinander ein Einkommen von mindestens 1200 Mk. verfließen hat. Am 10. Mai 1905 hatte der Senat eine Vorlage eingebracht, nach welcher den Besiegten 104 Sitze gesichert werden sollten. Die Einteilung sollte wie folgt sein: 40 Abgeordnete werden von den Hausbesitzern gewählt, 40 Abgeordnete werden von den sogenannten Notabeln, Richtern, hohen Beamten z. gewählt, acht sollte das Landgebiet und 72 sollten in der Stadt gewählt werden. Weiter wurde bestimmt: Bürger, welche mindestens 3 Jahre hintereinander ein Einkommen von über 6000 Mk. versteuert haben, sollen 24 Abgeordnete, die Bürger mit einem Einkommen von 3000 bis 6000 Mk. 24 Abgeordnete und die Bürger mit einem Einkommen von weniger als 3000 Mk. auch 24 Abgeordnete wählen. Also das elende Dreiklassenwahlrecht verschlechtert durch den Ausschluß aller der Staatsbürger, die wegen ihres niedrigen Einkommens nie das Bürgerrecht erwerben, und ferner verschlechtert durch das Hausbesitzer- und Notablenrecht. Die Vorlage ging, nachdem sie in erster Lesung in der Bürgerkammer durchabgearbeitet war, an eine Kommission, deren Bericht zum Weihnachtsfest erschien. In der Kommission hatte man die zwei höchsten Klassen miteinander verschmolzen und nun folgende Verteilung der Mandate vorgenommen: 40 Mandate für die Notabeln, 40 Mandate für die Bürger mit einem Einkommen von mehr als 2500 Mk., 24 Mandate für die Bürger mit einem Einkommen von unter 2500 Mk. und 8 Mandate für das Landgebiet.

Das Erscheinen dieses Berichts wirkte auf die Bevölkerung wie Weitzendehne. Es trat eine Erregung ein, wie Hamburg sie noch nicht gesehen hat. In Protestversammlungen, Flugblättern z. wurde dieser Streich gebührend kritisiert. Am 17. Januar, als in der Bürgerkammer die Entscheidung fallen sollte, hatten unsere Genossen zu nachmittags 4 Uhr eine Meißel von Protestversammlungen einberufen. Bald nach Mittag füllten sich die Versammlungslokale. Die Beteiligung war so stark, daß fast sämtliche Fabriken zum Stillstand kamen; selbst die Miterdampfer, die den Verkehr zwischen Hamburg und den an der Elbe gelegenen Vororten vermitteln, wurden gleich nach Mittag angehalten und ihre Besatzung eilte in die Versammlungen. Aufzüg-

in der Form, aber entschieden in der Sache protestierte Hamburgs Bevölkerung gegen den Gewaltstreich. Der Versuch der Scharfmacherpresse, einen Protokoll, der am selben Abend ausbrach, als Folge des Protestes der Hamburger Arbeiter zu denunzieren, scheiterte kläglich. In der Erkenntnis, daß dieses Treiben der Herrschenden Hamburgs keine Kritik betragen könne, konstituierte die Polizei das ganze Verfallensrecht. Am 31. Januar wurde dann der Wahlrechtsraub in der Form durchgeführt, wie die Kommission in der Bürgerkammer vorgeschlagen hatte.

In Sachsen kam fast gleichzeitig der lang zurückgehaltene Groll der Arbeiter über den Wahlrechtsraub vom März 1896 mit elementarem Gewalt zum Ausbruch. Schon im Februar 1904 hatte die Regierung anerkannt, daß das jetzige Wahlrecht unzulässig sei. Im September 1905 war die Wahlbewegung für die Landtagswahlen ein Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht geworden. Mit der Beendigung der Wahl war in die Bewegung gegen das Wahlrecht kein Stillstand gekommen. Eine Verschärfung der Bewegung trat ein, als der Landtag Ende Oktober zusammentrat. Am 8. November erhielt das Zentralisationskomitee einen Aufruf, in welchem die Genossen aufgefordert wurden, im ganzen Lande durch einheitliche Massendemonstration am Sonntag den 18. und Sonntag den 19. November die Forderung der Arbeiter bezüglich des Wahlrechts zu erheben. In diesen Tagen zeigte sich, wie das sächsische Proletariat den Wahlrechtsraub empfindet. Im ganzen Lande waren die Versammlungen überfüllt. In Leipzig und anderen Orten kam es zu gewaltigen Massendemonstrationen. In der Debatte über die von den Freikämigern und National Liberalen eingebrachten Wahlrechtsinterpellationen erklärte der Staatsminister v. Meißel am 27. November, daß es im wesentlichen beim alten bleiben sollte. Die Regierung werde weiter prüfen, aber keinen Entwurf einbringen, vor dem sie annehme, daß er in der auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten Kammer abgelehnt würde. In derselben Sitzung kündigte Genosse Goldstein an, daß die Demonstrationen fortgesetzt werden, bis man dem Volke gebe, worauf es Anspruch habe. Am 3. Dezember fanden wieder große Massenversammlungen statt. In Dresden, Chemnitz, Wurzeln, Plauen, Zwickau und anderen Orten zu großen Straßendemonstrationen führten. In Dresden kam es zu Konflikten mit der Polizei, als die Massen in die Stadt einzogen.

Am 12. Dezember erklärte v. Meißel in der zweiten Kammer: „Die Regierung ist bereit, die Wahlrechtsfrage in eingehender Erwägung zu ziehen; sie wird auch nicht ermangeln, sobald sie den Weg gefunden hat, die Initiative zu ergreifen. Sie würde aber dankbar sein, wenn sie bei diesen Bestrebungen von der Kammer unterstützt würde.“

Bisher hat die Regierung noch nicht den Weg gefunden. v. Meißel hat seinen Posten verlassen und an seine Stelle ist Graf Hohenhausen getreten. Mögen die Personen im sächsischen Ministerium wechseln, so oft sie wollen, das Proletariat wird auf seinen Forderungen bestehen, bis es das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht errungen hat.

Die Wahlrechtsbewegung wurde sozulange international. Nicht allein in Deutschland, sondern auch in Oesterreich-Ungarn und Rußland garte es. In Oesterreich kam die Wahlrechtsbewegung in gewaltigen Straßendemonstrationen zum Ausdruck. Am 29. Oktober ernannte der rumänische Ministerpräsident den Grafen Fejervary eine Deputation der verschiedensten Parteien und trug dieser

sein Programm vor. Er erblickte in der Herrschaft der Besitzenden und dem Ausschluß der Arbeiter aus der Gesetzgebung die Ursachen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit Ungarns. Sollte Ungarn in die Reihe der Kulturstaaten einrücken, dann könne es nur geschehen, wenn man den Arbeitern das Wahlrecht einräume.

Diese Rede wirkte weit über die Grenzen Ungarns hinaus. Formlich elektrisierend wirkte die Rede auf die österreichische Reichshälfte. Der bisherige Sturm gegen das bestehende Wahlrecht wurde zum Orkan. Auch in Rußland hatte die Revolution inzwischen den Jaren zu dem bekannten Oktobermanifester gezwungen. Es war selbstverständlich, daß das russische Proletariat mit seinen Forderungen auftrat. War schon im Wahlkampf 1903 und auf dem preussischen Parteitag im Dezember 1904 der Beschluß gefaßt, eine energische Agitation gegen das Dreiklassenwahlrecht zu entfalten, so brach jetzt mit elementarem Gewalt eine Bewegung in diesem Sinne durch. Am 6. November wurde in Breslau beschlossen: „An den Parteivorstand das Ersuchen zu richten, in Anbetracht der Vorgänge in Rußland und Oesterreich in Gemeinschaft mit den Berliner Vertrauensleuten zu erwägen, ob nicht beim Zusammenritt des preussischen Landtags auch bei uns die Wahlrechtsfrage aufzurollen sei. Im bejahendenfall sollen die Parteigenossen im ganzen Staate am Ruhstage für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zum Landtag demonstrieren.“

Somit bei diesen Demonstrationen an Straßendemonstrationen gedacht war, stand dieser Beschluß im Widerspruch mit den Beschlüssen des preussischen Parteitags. Dort war beantragt, der Wahlrechtsreform folgenden Zusatz zu geben: „Desgleichen fordert der Parteitag die Genossen auf, bei solchen Anlässen in allen Großstädten und Industriezentren Massendemonstrationen größtenteils gegen die Straßendemonstrationen für das demokratische Wahlrecht zu veranstalten.“

Dieser Antrag war aber von der übergroßen Mehrheit des Parteitags abgelehnt worden. Der Parteivorstand wies in einer am 10. November veröffentlichten Erklärung auf diesen Umstand hin, er beschloß aber, nun eine Agitation im Sinne der auf dem preussischen Parteitag beschlossenen Resolution einzuleiten. In Verbindung mit den Berliner Vertrauensleuten wurde beschlossen, ein Flugblatt in ganz Preußen zu verbreiten und gleichzeitig überall Versammlungen einzuberufen, in welchen gegen das bestehende Unrecht protestiert werden sollte. Dieser Plan fand auch im ganzen Lande begeisterte Zustimmung.

Am 14. Januar wurde das Flugblatt in zirka sechs Millionen Exemplaren verbreitet. Der nächste Sonntag wurde als Tag für die Versammlungen bestimmt. Der Umstand, daß dieser Tag in der Geschichte der Revolutionen von besonderer Bedeutung ist, da am 21. Januar 1793 Ludwig XVI. in Paris hingerichtet wurde, wie es auch der Jahrestag der Meißelien in Petersburg war, mochte dazu beitragen, die Herrschenden besonders nervös zu machen.

Der 21. Januar wurde ein Triumphtag für die Sozialdemokratie. In Tausenden Versammlungen war das Volk zusammengerufen, um seinen Forderungen Geltung zu verschaffen. Zwar hatten die Scharfmacher gehofft, daß nun ein Tag gekommen sei, an welchem ein Aderlaß am Volke vollzogen werden könne. Die Vorbereitungen dazu waren durch die Haltung der Massen durchkreuzt. Die Arbeiter zeigten dieselbe Ruhe und Entschiedenheit, mit denen sie auch das Sozialistengesetz zu Falle ge-

bracht haben. Einmütig waren die Parteigenossen der Ansicht, daß die Bewegung fortgesetzt werden müsse. So wurden der 18. März und der 1. Mai Demonstrationstage für das allgemeine Wahlrecht.

Das preussische Ministerium glaubte jedoch, das Volk noch beruhigen zu müssen, denn nur als einen Söhn kann man die beiden Vorlagen, durch welche das Dreiklassenwahlrecht, welches noch keinen Tag zu Recht bestanden hat, abgeändert wird, und die das Dreiklassenparlament, getreu seinem Charakter, annahm. Aber die Bewegung ist in Fluß. Die Arbeiterklasse Preußens wird nicht ruhen und rasten, bis sie ihr Staatsbürgerrecht erobert hat. Der Landtag beschließt über Fragen, welche das Interesse der Arbeiter betreffen, und er entscheidet immer so, wie in jedem Scharfmacherklub auch entschieden werden würde. Das hatte er bei seiner Stellungnahme zum Vergeß, zum Knappschaffengesetz, zum Gesetz über die Unterhaltung der Volksschulen usw. bewiesen.

Die in den Versammlungen vom 21. Januar angenommene Resolution wurde von den preussischen Mitgliedern des Parteivorstandes dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus in Form einer Petition überreicht. Diese wurde durch Annahme der Gesetzesvorlagen betreffend die Änderungen des Wahlgesetzes für erledigt erklärt.

Im Januar setzte auch in Elsaß-Lothringen eine Bewegung zur Erlangung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Landesauschuß ein. Am 28. Januar fanden in allen größeren Orten des Landes Versammlungen statt, in denen das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht gefordert wurde. Die Beschlüsse der Versammlungen wurden dem Landesauschuß mitgeteilt. Im Mai wurde unser Genosse der Bericht der Petitionskommission aufgestellt, aus dem hervorgeht, daß die Petitionskommission die Forderungen der Arbeiter abgelehnt hat.

Im Großherzogtum Sachsen-Weimar forderten unsere Genossen das allgemeine Wahlrecht für die Landtagswahlen. Eine Anzahl Versammlungen, in denen die Frage erörtert werden sollte, wurde nach hergebrachter Sitte des Landes verboten. Aber die Regierung brachte eine Vorlage zum Ausschluß der Arbeiter aus den Landtagswahlen vor, welche die Forderungen der Arbeiter verbessert, sondern den Besitzenden das Wählen erleichtert werden und einige Änderungen der Wahlbezirke vorgenommen werden sollten.

In Pranschwitz hatten ebenfalls die Arbeiter in Versammlungen, welche am 21. Januar stattfanden, das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht gefordert. Am 23. Februar hatte der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei in einer Eingabe an den Landtag diesem drei Forderungen der Arbeiter unterbreitet. Am 31. März wurde über diese Eingabe im Landtag verhandelt, der entsprechend dem Vorschlag der Petitionskommission über die Forderungen der Arbeiter zur Tagesordnung überging.

In Anhalt hatten sich unsere Genossen mit einer Petition an den Landtag gewandt, in der sie, entsprechend unserem Programm, das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen forderten. Diese Petition führte am 28. März zu einer großen Debatte im Landtag. Schließlich nahm der Landtag den Antrag seiner Petitionskommission an, die den Übergang zur Tagesordnung empfehlen hatte.

In Neuchâtel wurde der Kampf zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten

Die Mutter seines Kindes.

Von Friedrich Thieme.

19)

(Fortsetzung.)

Da — war es eine durch das herrschende Zwielicht verursachte Täuschung — Marien schien es, als sie jetzt wieder den forschenden Blick auf den Kranken richtete, als führe die Farbe seiner Wangen zurück. Zwischen Furcht und Hoffnung schwankend, näherte sie ihr Antlitz dem seinen — nein, sie irrte sich nicht, die erstickende Blässe seines Gesichtes war verschwunden oder doch im Verschwinden begriffen, sie unterschied sogar deutlich die vollener Ausdrücke, die kräftigeren Bewegungen — frohlockend richtete sie sich empor, den strahlenden Blick zum Himmel erhebend.

„Gott sei Dank — er ist gerettet!“

Eben recht er lebe den Arm — sein Bewußtsein kehrt allmählich zurück.

„Nun erst dachte Marie wieder an sich selbst, an ihre Stellung im Hause, an ihre Achtung.“

Wie sollte sie den Wiedergewandten begrüßen? Dürfte sie ihren Jubel bekunden, ihre Liebe veratem? Wie ließ empfinden sie trotz ihrer Angst, trotz ihres Schmerzes, das Recht, ihn zu lieben, für ihn sorgen zu dürfen, so allein mit ihm zu sein als jene Beschützerin und Wärterin — aber wenn er erwachte und sein erster Blick auf sie fiel, würde ihre Anblik nicht bittere Gefühle in ihm hervorrufen?

„Schamlos trat sie ein wenig vom Lager zurück — noch durfte sie ihn ja nicht verlassen, noch fehlte sie ihre Wunden- und Gattenpflicht an ihren Platz. Auch der Genehnde bedurfte der Sänftigung und Abwartung, und von wem außer ihr durfte er solche erhoffen?“

„Nicht richtete er langsam den Kopf empor. Mit einem fragenden, träumerischen Ausdruck riebten seine Augen auf ihr. Er schien sich zu besinnen, wo er war und wie er hierherkam.“

„Was ist mit mir geschehen?“ fragte er endlich mit kaum vernehmbarer, stösender Stimme.

Marie erzählte ihm mit wenigen Worten das Vorgefallene, ohne dabei ihrer eigenen Tätigkeit zu gedenken. „Sege dich zurück und bewahre die größte Ruhe,“ fügte sie sanft hinzu. „Jede Aufregung oder Anstrengung ist Gift für dich.“

Der Doktor verharnte längere Zeit in wortlosem Nachdenken.

„Ich weiß von nichts,“ berichtete er mühsam. „Ich kann mich an nichts erinnern. Du mußt wohl Recht haben. Doch vermag ich nur mit Anstrengung zu sprechen und in meinen Ohren höre ich es, als wenn sich der Sturmwind hinein verirrt hätte.“

Er sank bebäuft zurück und schloß die Augen.

Marie wagte jetzt ihn auf wenige Minuten zu verlassen, um sich anzufleiden und nach der kleinen Ely zu sehen, die sie noch in süßem Schlummer fand. Bevor sie ging, sah er sie diese Zeit eintreffenden Aufsichtlerin entgegen, diese zur Vorhut und Ruhe zu ermahnen, darauf begab sie sich von neuem an das Krankenbett ihres Gatten und nahm in einem Rehnstulz dicht daran Platz.

Gegen 7 Uhr erschien der Arzt, um nach seinem Patienten zu sehen. Er winkte dem Doktor, sich ruhig zu verhalten, untersuchte ihn nochmals sorgfältig und wandte sich dann mit zufriedenen Lächeln zu der jungen Frau:

„Es geht alles gut, gnädige Frau, der Verlauf ist ganz so, wie ich es vorauslagte. Der Herr Kollege muß sich aber noch einige Tage schonen, am besten bleibt er zunächst noch liegen. Halten Sie jedes Geräusch, jede Aufregung fern, sorgen Sie für ein kühles, luftiges Zimmer. Der Herr Kollege weiß ja selbst, was in seinem Falle zu tun ist: Vermeidung jeder Arbeit und strenge Diät sind Hauptbedingungen der vollständigen Genesung. Ich werde mir erlauben, mich morgen nach seinem Befinden zu erkundigen.“

Der Refonvalsarzt gab in diesem Augenblicke durch eine leichte Handbewegung zu erkennen, daß er mit seinem Berufsgegenoffen zu sprechen wünschte.

„Was liebten Sie, Herr Kollege.“ — Sprechen Sie so wenig als möglich.“

„Ich muß einen Vertreter haben,“ kispelte der Patient. „Wollen Sie?“

Der alte Herr nickte lebhaft.

„Berstcht sich, lieber Kollege. Doch regen Sie sich nicht auf, ich ordne alles weitere mit Ihrer Frau Gemahlin. Auch Sie,“ fuhr er, sich zu dieser wendend, fort, „bedürfen der Ruhe, gnädige Frau. Sie haben die ganze Nacht gewacht, ich sehe es Ihnen an. Lieben Sie sich zurück und lassen Sie ein paar Stunden zu schlafen. — Ihren Herrn Gemahl mögen Sie jetzt unbeforgt kurze Zeit sich selbst überlassen.“

Kurt beschloß sich zu erheben, in der Absicht, seine Frau zu betreten. Allein seine Schwäche verhinderte ihn daran. War er auch aus seiner Betäubung erwacht, so befand er sich noch keineswegs wieder im Besitz seiner Kräfte; jede Bewegung verursachte ihm Schwindel und Ohrensausen, er vermochte kaum zu denken und noch viel weniger zu sprechen.

Dieser Zustand hielt während des ganzen Tages an und auch am nächsten Tage verspürte der Kranke nur wenig Binderung. In dumpfer Apathie lag er im Bett, weder in seinem Bett zu erheben, noch zu essen. Nur etwas Kaffee und kaltes Wasser nahm er zu sich. Marie widmete ihm unausgesezt die treueste Pflege, sie hielt alles Geräusch von ihm fern, selbst die kleine durfte nicht einmal das anstößende Sprechgimmer betreten. Dabei erblickte man sie beständig bemüht, dem Liegenden seine peinvolle Situation zu erleichtern, sie rüdte ihm täglich mehrmals die Kissen aurecht, stößte ihm Kaffee oder Wasser ein und fragte lieber ein paar Mal umsonst, als daß sie ihn in die unangenehme Lage brachte, eine Bitte an sie richten zu müssen.

Am dritten Morgen endlich fühlte der Patient sich leichter. Das peinliche Schwindelgefühl sowie das störende Säusen waren verschwunden, er konnte sich ohne Beschwerde emporrichten und sprechen und das Denken verursachte ihm keinerlei Kopfdruck mehr. Und wieder vierundzwanzig Stunden später stand er auf, noch etwas erschöpft zwar, aber im ganzen wieder wohl und gesund.

Marie tauchte nicht wenig, als sie ihn beim Eintritt in die Schlafstube bereits angezogen am Fenster stehen sah, mit wenigem Behagen die frühe Morgenluft einjagend.

„Du bist aufgestanden?“ rief sie besorgt.

„Ja, Marie,“ antwortete er herzlich, „ich melde mich als genesen. Noch zwei drei Tage Ruhe, und ich bin wieder ganz der Alte. Das danke ich außer meiner kräftigen Natur in erster Linie deiner liebevollen Sorgfalt. Ich danke dir, Marie.“

Er trat auf sie zu und reichte ihr die Hand, etwas verlegen zwar, jedoch mit freundslichem Lächeln.

Die junge Frau erglühete über das ganze Gesicht, als sie nach so langer Zeit zum erstenmale wieder den warmen Druck seiner Wärmehand fühlte.

„Und nun,“ sagte er leise, „bringe mir das Kind.“

„Bringe mir das Kind?“ wie süß das Klang.

„Gut es nicht nach mir gefragt in all den Tagen?“ setzte er zögernd hinzu.

„O wie oft,“ verlegte die junge Frau. „Ich vermochte es kaum zurückzuhalten. Und gewinkt hat es bitterlich, als es hörte, Papa sei krank. Wie ein Mäuschen so still verhielt es sich, weil ich ihm sagte, der Karm mache dir viel Schmerzen.“

Damit ging sie, Ely herbeizurufen, die freudejauchend in Papas Zimmer hürrante, von ihm selig emporgehoben und geküßt.

Sie spielte noch auf seinem Schoße, als Dr. Händel — so der Name des ärztlichen Freundes Nrts — den ehrwürdigen Kopf zur Tür hereinsetzte.

„A — das lasse ich mir gefallen,“ meinte er aufgeräumt, indem er lebhaft näher kam und dem Doktor die Hand schüttelte. „Das ist ein Anblick, der einen Jüngling Westulaps erfreuen muß. Eiben bleiben — Eiben bleiben,“ meinte er ab, da Kurt Miene machte, sich zu erheben. „Sie brauchen immer noch Schonung, lieber Freund. Was soll denn aus den armen Leidenden werden, wenn die Kerze selber das Bett hüten müßten?“

(Fortsetzung folgt.)

Der Meise.

Wichtig! Jede über diese mit berechtigtem Geld, Stamm etc. betretet Strafe flamm. Begehrnt ist die Erkenntnis bei Wenden, die werden sie nicht wissen, als bögen sie fühlig sein. Um was es hier, wenn du untergebe, nicht gleich sein, ob du banungirig bist oder nicht. Ich kann, wenn sie in den Gärten oder bei den Bauern ist, gleich

